



---

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
<b>Personal- und Organisationsausschuss</b>	29.09.2020	öffentlich	Bericht

---

**Betreff:**

**Einwohneramt Nürnberg  
hier: Aktueller Sachstandsbericht**

**Bezug:**

**Antrag der Stadtratsfraktion der SPD vom 26.06.2020  
Antrag der Stadtratsfraktion der SPD vom 16.07.2020  
Antrag der Stadtratsfraktion der Bündnis 90/Die Grünen vom 20.07.2020**

**Anlagen:**

Sachstandsbericht  
Anlage 1: Antrag der Stadtratsfraktion der SPD vom 26.06.2020  
Anlage 2: Antrag der Stadtratsfraktion der SPD vom 16.07.2020  
Anlage 3: Antrag der Stadtratsfraktion der Bündnis 90/Die Grünen vom 20.07.2020

---

**Bericht:**

Mit Wirkung zum 6. April 2020 wurde der Dienstbetrieb der publikumsintensiven Ämter im deutlich eingeschränkten Umfang mit zwischenzeitlich realisierten Schutzmaßnahmen (Spuckschutzscheibe, Reduzierung der Bedienschalter zur Einhaltung der Abstandsregelung usw.) für Mitarbeitende und Kunden gleichermaßen wiederaufgenommen. Obwohl seither an den Betriebsabläufen stetig nachjustiert wurde und die zur Verfügung stehende Bedienkapazität an die zulässigen Grenzen des Machbaren geführt wurde, sind auch weiterhin die eingeschränkten Bedienkapazitäten für die Bürgerinnen und Bürger erkennbar. Eine spontane Vorsprache wie in der Vergangenheit bisher ist aufgrund der einzuhaltenden Abstandsregelungen derzeit nicht möglich. Mit Schreiben vom 26.06.2020 beantragte die Stadtratsfraktion der SPD, dass die Verwaltung ein dem Gesundheitsschutz von Mitarbeitenden und Besuchern angemessenes Konzept für die Wiederaufnahme von Publikumsverkehr ohne Terminvergabe in den städtischen Ämtern mit hohem Publikumsanteil entwickelt. Mit Schreiben vom 16. Juli 2020 beantragte die SPD darüber hinaus, dass die Verwaltung über die Erfahrungen bei der Einführung der neuen Bürgerserviceplattform „Mein Nürnberg“ berichtet. Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte darüber hinaus mit Schreiben vom 20.07.2020 den Antrag, dass die Verwaltung über die Zugangssituation zum Einwohneramt berichtet. Dem POA wird durch die Verwaltung ein Sachstandsbericht über die aktuelle Situation beim Einwohneramt erstattet.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:  
 Die Corona-bedingten Mehraufwendungen bzw. Mindereinnahmen werden gemäß stadtweiter Festlegung am Jahresende ermittelt. Unterjährig erfolgt eine Dokumentation mittels Zusatzkontierung im SAP-System

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)
- Ja
  - Kosten noch nicht bekannt
  - Kosten bekannt

**Gesamtkosten**

€

**Folgekosten**

€ pro Jahr

- dauerhaft     nur für einen begrenzten Zeitraum

davon investiv

€

davon Sachkosten

€ pro Jahr

davon konsumtiv

€

davon Personalkosten

€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**

(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
  - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
  - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von                      Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
  - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja  
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein  
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

